

Ein ABC aktueller frauenpolitischer Themen

Vortrag am 20.03.2019 von **Gabriele Heinisch-Hosek**: Hauptschullehrerin und ausgebildete Sonderpädagogin für die Arbeit mit Gehörlosen, hat 18 Jahre lang gehörlose und schwerhörige Kinder unterrichtet; 1990 Einstieg in die Politik im Gemeinderat von Guntramsdorf, ab 2000 Abgeordnete zum Nationalrat, 2008 für 8 Monate in der NÖ Landesregierung tätig, danach bis 2016 Bundesministerin mit wechselnden Ressorts (für Frauen und öffentlichen Dienst / Bildung und Frauen), seit der letzten Nationalratswahl wieder Abgeordnete der SPÖ.

Zusammenfassung:

Der aktuelle gesellschaftspolitische Backlash hat gravierende Auswirkungen auf viele frauenpolitische Themen. Zahlreiche Errungenschaften der Frauenpolitik stehen plötzlich wieder zur Diskussion (z.B. Fristenlösung, Quoten) oder werden still und leise untergraben (z.B. Frauenberatungsstellen, Frauenfördermaßnahmen). Zivilgesellschaft und Opposition sind gefordert, diese Entwicklungen sichtbar zu machen und dagegen zu halten.

Mehr zum Thema:

Als Barbara Prammer 2004 ins Präsidium des Österreichischen Nationalrats gewählt wurde, übernahm Gabriele Heinisch-Hosek ihre Funktionen als Frauensprecherin der SPÖ und Vorsitzende des Gleichbehandlungsausschusses. Nicht zuletzt durch diese Arbeit wurde sie zur leidenschaftlichen Frauenpolitikerin und in der Folge auch Frauenministerin. Der aktuelle Backlash in vielen gesellschaftlichen Bereichen betrifft auch viele frauenpolitische Themen – einige Beispiele dafür in alphabetischer Reihenfolge:

Stichwort AMS: Jahrelang war das Arbeitsmarktservice verpflichtet, die Hälfte seiner Mittel für arbeitssuchende Frauen einzusetzen, auch wenn Frauen typischerweise weniger als die Hälfte aller arbeitslos gemeldeten Personen stellen. So konnten auch längerfristige und nachhaltige Maßnahmen für Frauen finanziert werden, z.B. Berufsausbildungen, das Nachholen von Bildungsabschlüssen.

Diese Verpflichtung wurde von der aktuellen Bundesregierung abgeschafft. Bei der Vergabe kommen in Zukunft Algorithmen zum Einsatz. Ob diese Rechenmodelle auch Fragen der Doppeldiskriminierung (Frauen mit Kindern, Alleinerzieherinnen, Frauen mit Migrationshintergrund) berücksichtigen, ist mehr als fraglich.

Zugleich wurden die Mittel des AMS drastisch gekürzt, das trifft nicht nur alle arbeitslosen Menschen sondern auch viele TrainerInnen. Betroffen sind z.B. die Aktion 20.000 und viele sozial-ökonomische Betriebe, darunter etliche speziell für arbeitslose Frauen.

Stichwort Armutsbekämpfung: Die Regelungen der Sozialhilfe neu treffen viele Frauen besonders hart. Die zuvor geltende bedarfsorientierte Mindestsicherung war eine vom Bund festgelegte Untergrenze, die von den Ländern überschritten werden konnte. Die Sozialhilfe neu legt jedoch eine Obergrenze fest, d.h. sie kann auch unterschritten werden, und diese Obergrenze liegt bereits tiefer als die von der Armutskonferenz ermittelte Armutsgrenze. Besonders AlleinerzieherInnen mit mehreren Kindern bekommen deutlich weniger Geld als zuvor.

Stichwort Budget: Das Frauenbudget des Bundes lag jahrelang bei 10 Mio Euro, allerdings wurden auch aus anderen Budgettöpfen Mittel für frauenpolitische Anliegen eingesetzt. Das BMI ist nach wie vor verpflichtet, die Hälfte der Mittel für Gewaltschutzzentren bereit zu stellen, z.B. wurden Projekte auch aus dem Bereich öffentlicher Dienst oder Bildung teilfinanziert. Die derzeitige Bundesregierung hat durch Umschichtung und Verschiebung der Mittel den Anschein erweckt, das Frauenbudget sei leicht erhöht worden, obwohl in Wahrheit eine drastische Kürzung erfolgt ist. Frauenberatungsstellen sind mehr denn je darauf angewiesen, ihre Mittel von vielen verschiedenen Geldgebern zu beziehen – was dazu führt, dass die MitarbeiterInnen einen erklecklichen Anteil ihrer Arbeitszeit dafür aufwenden müssen Geld aufzustellen, anstatt ihrer eigentlichen Beratungstätigkeit nachgehen zu können. Obwohl Österreich international einen guten Ruf hinsichtlich Gender Budgeting hat, ist die Umsetzung dieses Ansatzes kaum erkennbar.

Stichwort Babymonat: Das Ziel wäre ein Rechtsanspruch für Väter auf vier arbeitsfreie Wochen während des Mutterschutzes nach der Geburt. Obwohl es zu diesem Thema von der Regierung positive Wortmeldungen gab, nicht zuletzt weil einzelne Regierungsmitglieder selbst gerade Kinder bekommen haben, wird diese Forderung nicht umgesetzt, sondern die entsprechende EU-Richtlinie abgewartet, die allerdings nur 10 Tage und keinen Rechtsanspruch bringen wird.

Stichwort Cannabis: Es gibt international viele Beispiele und ausreichend wissenschaftliche Belege für die Sinnhaftigkeit eines medizinischen Einsatzes von Cannabinoiden. Seitens der Regierungsparteien wird der medizinische Einsatz mit der Legalisierung von Haschisch gleichgesetzt, um dagegen Stimmung zu machen und alle BefürworterInnen und die Oppositionsparteien zu diskreditieren.

Stichwort Einkommen: Der Gender Pay Gap beträgt in Österreich derzeit knapp 20%, die Einkommensschere schließt sich nur sehr langsam. Was es dringend bräuchte, wäre eine offene gesellschaftliche Diskussion über den Wert von Arbeit angesichts der Einkommensunterschiede zwischen unterschiedlichen Branchen (z.B. Pflegeberufe, Pädagogik, soziale Arbeit – im Vergleich zu technischen Branchen). Tatsächlich ist zu beobachten, dass in manchen Berufsgruppen die Reallöhne sogar sinken, sobald der Frauenanteil steigt (z.B. im Journalismus).

Stichwort Frauenvolksbegehren: Wie die derzeitige Bundesregierung im Parlament mit den Forderungen des Frauenvolksbegehrens umgeht, spricht Bände. Die Opposition bemüht sich, zumindest weitere Anträge ins Plenum des Nationalrats zu bringen.

Stichwort Quote: Dass Quoten wirken, zeigen jene Bereiche, wo bereits gesetzliche Regelungen bestehen (z.B. Aufsichtsräte ATX-notierter Unternehmen bzw. Unternehmen in mehrheitlich öffentlichem Besitz). Insgesamt geht der Anteil von Frauen in Spitzenpositionen jedoch zurück (z.B. Frauen in Vorstandsetagen – Rückgang von 6% auf 4%).

Stichwort Sozialpartnerschaft: Die derzeitige Bundesregierung stellt die Sozialpartnerschaft als bedeutungslos und überholt hin. Gleichzeitig werden unliebsame Forderungen gerne an die Sozialpartner verwiesen, um eine gesetzliche Regelung zu vermeiden (z.B. Anrechenbarkeit von Kindererziehungszeiten auf die Pension).

Aus der Diskussion:

*Die SPÖ setzt sich für **Vermögens- und Erbschaftssteuern** ein, mit einer großzügigen Untergrenze von 1 Mio Euro. Besonders angesichts der steigenden Kosten für Pflege scheint es dringend notwendig, zusätzliche Mittel für die öffentliche Hand zu erschließen. Das von der Regierung befürwortete Modell einer Pflegeversicherung ist bereits in anderen Ländern gescheitert.*

Wenn es um die **Vereinbarkeit von Beruf und Familie** geht, argumentieren die derzeitigen Regierungsparteien gerne mit ‚Wahlfreiheit‘. Tatsächlich haben Frauen in weiten Teilen Österreichs jedoch keine Spur von Wahlfreiheit, weil es an ausreichenden und zeitlich flexiblen Kinderbetreuungsplätzen mangelt.

Unbezahlte Arbeit, insbesondere die Pflege innerhalb der Familie, ist nach wie vor Frauensache und drängt Frauen in die Teilzeitfalle. Daher ist auch eine schrittweise **Arbeitszeitverkürzung** für alle Menschen eine Forderung des Frauenvolksbegehrens, damit auch Männer zeitliche Ressourcen für Care-Arbeit haben.

Die Auswirkungen der Digitalisierung auf die Arbeitswelt sind bereits spürbar: Aus Angst vor dem Verlust des Arbeitsplatzes nimmt die **Selbstausbeutung** immer mehr zu, All-In-Verträge gibt es zunehmend nicht nur für ManagerInnen sondern auch für SachbearbeiterInnen. Leichtigkeit und Freude werden im Arbeitsleben immer seltener. Diese Ängste und der zunehmende Druck sind gleichzeitig ein Nährboden der Radikalisierung.

Derzeit beträgt der **Frauenanteil im österreichischen Nationalrat** 37%. Offene Diskriminierung von Frauen im Parlament und verbale sexistische Entgleisungen sind zwar seltener als früher, allerdings ist das Benehmen insgesamt rüpelhafter geworden, der Ton lauter und derber. Der Zusammenhalt der weiblichen Abgeordneten bzw. auch der Frauensprecherinnen aller Parteien könnte besser sein, im Konfliktfall setzt sich die Klub-Loyalität durch.

Es ist erschreckend, dass der Backlash selbst vor dem straffreien **Schwangerschaftsabbruch** nicht Halt macht: Unter der polemischen Bezeichnung ‚eugenische‘ Indikation wird vorerst einmal die embryopathische Indikation zur Diskussion gestellt; die AktivistInnen der entsprechenden Initiative sind aber in ihren Forderungen recht unverblümt, letztlich geht es ihnen um die Fristenlösung insgesamt.

Tipps:

Ausstellung im Volkskundemuseum:

Sie meinen es politisch. 100 Jahre Frauenwahlrecht in Österreich

<https://www.volkskundemuseum.at/frauenwahlrecht>

Dokumentarfilm zum Thema bedingungsloses Grundeinkommen von Christian Tod:

Free Lunch Society

<http://www.freelunchsociety.net/>

Positionspapier des Österreichischen Frauenrings zur Fristenlösung:

<https://www.frauenring.at/frauenring-koerper-entscheidung>

Protokoll: Barbara Smrzka